



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Dr. André Hahn, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 9 August 2017

BETREFF **Schriftliche Frage Monat August 2017**
HIER **Arbeitsnummer 8/9**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. André Hahn

vom 2. August 2017

(Monat August 2017, Arbeits-Nr. 8/9)

Frage

Inwieweit kann die Bundesregierung den Bericht "Intel Vets Challenge "Russia Hack" Evidence" (<https://consortiumnews.com/2017/07/24/intel-vets-challenge-russia-hack-evidence/>) des US-amerikanischen Investigativjournalisten Robert Parry zustimmen, wonach es sich bei dem Leak vom Server der Democratic Party nicht um einen russischen Hackerangriff handelte, sondern vielmehr um einen internen Abgriff der Daten mit unmittelbarem Zugang zum DNC-Server oder zum DNC Local Area Network auch mit Blick auf die vom Bundesamt für Verfassungsschutz betonten Gefahr "einer möglichen Beeinflussung der Bundestagswahl durch gezielte russische Cyber-Attacken auf deutsche Parteien und Politiker" (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/bundestagswahl-hacker-angriffe-russland-china-spionage-bericht>), und teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass eine Ausleitung von nahezu 2GB innerhalb von 87 Sekunden bei einem Hackerangriff physisch unmöglich ist?

Antwort

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu der in dem Bericht „Intel Vets Challenge “Russia Hack“ Evidence“ vertretenen Auffassung, es handele sich um einen internen Abfluss der Daten, vor.

Die Geschwindigkeit eines Datentransfers ist von mehreren Faktoren, wie der vorhandenen technischen Ausrüstung und der Übertragungsgeschwindigkeit des gewählten Mediums, abhängig. Ohne Kenntnis solcher Faktoren kann die Bundesregierung keine Aussage zur physikalischen Realisierbarkeit von Datenübertragungen treffen.